



# Sprechzettel

Jochen Homann

Präsident der Bundesnetzagentur

Es gilt das gesprochene Wort

4. Februar 2013 in Essen

E-World 2013 Führungstreffen Energie:

- Strategische Weichenstellungen für die europäische Energiewelt von morgen
- Die deutsche Infrastruktur im Kontext einer kooperativen europäischen Energielandschaft – die Zukunft der deutschen Energienetze

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zentrum des Großprojekts Energiewende stehen der Ausstieg aus der Kernenergie und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien, bei Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit der Energieversorgung. Als Bindeglied zwischen Versorgung und Erzeugung hat die Netzinfrastruktur eine zentrale Bedeutung. Sie muss ihre Wandlungsfähigkeit beweisen. Die Netzentwicklung muss den Veränderungen der Erzeugung folgen, aber dies darf nicht heißen, dass „produce and forget“ zur Leitdevise der Energiewende wird. Sondern beides muss Hand in Hand gehen. Und dies bedeutet: Netzausbau auf maximales Tempo beschleunigen aber realistischerweise eben auch: Tempo drosseln beim Ausbau der Erneuerbaren. Wandel durch Annäherung! Denn ein zu schneller Ausbau der Erzeugungskapazitäten ohne Ausbau der Netze ergibt keinen wirtschaftlichen Vorteil.

Meine Damen und Herren, wer Netze bauen will, muss wissen, wo eine Leitung starten und wo sie enden soll. Eigentlich trivial, aber derzeit aus meiner Sicht eines der größten Probleme beim Netzausbau. 16 Bundesländer und viele Kommunen planen eigene Energiewenden, die leider nicht zusammen passen. Würde man Sie alle realisieren, bekämen wir riesige Kapazitätsüberschüsse und einen gigantischen Netzausbau, den niemand will. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bundesländer ihrer Zusage, sich untereinander und mit dem Bund koordinieren zu wollen, sobald wie möglich Taten folgen lassen. Denn es ist ja vollkommen klar: Ein politischer Wettlauf darum, wer eine vermeintlich autarke Versorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien als Erster erreicht hat, wird am Ende nicht zum Erfolg der Energiewende beitragen. Diese Bestrebungen sind im Zweifel nur sehr teuer.

Überhaupt muss künftig mehr Augenmerk auf die Kosten der Energiewende gerichtet werden. Denn die Energiewende muss für alle bezahlbar bleiben. Mit seinen Vorschlägen greift Minister Altmaier deshalb einen sehr wichtigen Punkt auf. Er macht aus der bisherigen Verteildebatte eine Kostendebatte und das ist richtig! Wir brauchen ein Kostenbewusstsein bei der EE-Förderung und bei der Energiewende insgesamt. Minister Altmaier zieht die Konsequenzen aus einem Problem, das dem heutigen System der EE-Förderung immanent ist. Bei einer Förderung mit einem festgelegten Preis lassen sich Menge und damit auch die

Kosten nicht wirksam kontrollieren. So sind schon Milchseen und Butterberge entstanden. Und jetzt sprießen Windräder aus dem Boden, erobern Maisfelder die Landschaft und glänzen Solardächer! Man muss nicht jeden einzelnen Baustein der „Strompreis-Bremse“ des Umweltministers gutheißen. Soweit nachträglich in die Förderung von Bestandsanlagen eingegriffen werden soll, ist sicherlich besondere Zurückhaltung geboten. Denn hier droht die Gefahr, dass alle Investoren – auch die von konventionellen Kraftwerken – das notwendige Vertrauen in gemachte Zusagen verlieren. Andere Elemente wie etwa die Belastung von Eigenstromerzeugung bzw. Eigenstromverbrauch mit einer Mindestumlage halte ich dagegen für vertretbar und sinnvoll. Im Übrigen wäre es gut, die Entschädigung nach §12 EEG für nicht abgenommenen Strom zu streichen oder zumindest in großen Schritten abzuschmelzen.

Aus Netzsicht wäre es insbesondere wünschenswert, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Hilfe bundesweit koordinierter Ausbauziele regional besser zu steuern. Nur bei einem möglichst hohen Maß an Übereinstimmung, wo künftig die regionalen Schwerpunkte der Stromerzeugung liegen, lässt sich auch das dazu gehörige Netz einigermaßen verlässlich planen. Damit wäre ich beim aktuellen Stand der Netzplanung angelangt. Mit den Netzentwicklungsplänen für Strom und Gas werden alle geplanten Ausbaumaßnahmen zusammengefasst. Die Notwendigkeit jeder Leitung für das deutsche Netz kann durch eine solche Gesamtschau gut begründet werden. Im letzten Jahr hat die Bundesnetzagentur deshalb die Pläne der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber in einem sehr transparenten Verfahren geprüft und mit Änderungen bestätigt. Von den im Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom empfohlenen 74 Maßnahmen haben wir 51 bestätigt, weil wir sie für robust halten.

Der Netzentwicklungsplan steht übrigens auf den Schultern der sog. EnLAG-Leitungen. Diese werden als sogenanntes Startnetz vorausgesetzt. Auch dies ist nicht trivial. Denn jedermann weiß, dass viele der in Länderverantwortung liegenden Projekte weit hinter den ursprünglichen Zeitzielen zurück liegen. Auf Grundlage des bestätigten Netzentwicklungsplans Strom und des Umweltberichts beschloss das Bundeskabinett im Dezember einen Gesetzesentwurf für das Bundesbedarfsplangesetz. Zur Jahresmitte erwarten wir den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens und den ersten Bundesbedarfsplan. Unmittelbar darauf

erwarten wir die Anträge der Übertragungsnetzbetreiber und beginnen, die erforderlichen Trassen näher zu bestimmen, in denen die Leitungen genau verlaufen sollen.

Die Übertragungsnetzbetreiber sind im Entwurf des NEP Strom für das Leitszenario B 2022 von notwendigen Investitionen in Höhe von rund 2 Mrd. Euro ausgegangen. Diese Schätzung beruhte auf der Annahme, dass die 74 empfohlenen Maßnahmen in Freileitungstechnik realisiert werden. Die Reduktion um 23 Maßnahmen wird den Investitionsbedarf reduzieren. Die Faktoren Erdverkabelung und Entschädigungszahlung werden dagegen zu einem Anstieg führen. Kurzum, das genaue Investitionsvolumen zu benennen, ist Spekulation, aber ein zweistelliger Millionenbetrag scheint sicher. Und um auch dies gleich hinzu zu fügen: Die Regulierung wird diese Investitionen unterstützen.

Im Bereich der Gasnetze sind weniger Planungsschritte notwendig, weshalb der Netzentwicklungsplan Gas bereits jetzt verbindlich ist. Es sind 32 Ausbaumaßnahmen vorgesehen, die innerhalb der nächsten 10 Jahre von den Fernleitungsnetzbetreibern umgesetzt werden. Das Investitionsvolumen dieser Maßnahmen beträgt 2,2 Mrd. Euro. 15 weitere Maßnahmen, mit einem Investitionsvolumen von 1 Mrd. Euro, werden schon in den nächsten Jahren realisiert. Durch die Verbindlichkeit des Netzentwicklungsplans Gas gewinnen Investoren und Betreiber von Netzen, Kraftwerken und Speichern die Planungssicherheit, die sie für die nächsten 10 Jahre brauchen. Unabhängig davon ob Strom oder Gas: Leitungen werden durch Wahlkreise gehen und überall wird es Kritik aus der Bevölkerung geben. Durch die Konsultationsverfahren und Bürgerdialoge sind die Planungsphasen dabei transparenter denn je.

Auf die Planung folgt dann die Realisierung. Dazu brauchen wir die Akzeptanz der betroffenen Bürger. Sie ist ein entscheidender Faktor, ohne den an ein zügiges Vorankommen nicht zu denken ist. Bürgerwindparks haben bereits vielfach gezeigt, dass Bürgerbeteiligungen die Akzeptanz steigern können. Genau so lohnend kann es sein, die Idee einer Bürgerbeteiligung an den Stromnetzen weiter zu entwickeln – natürlich auf freiwilliger Basis für Kapitalnehmer und Kapitalgeber. Ein erstes Beispiel ist die sog. „Westküsten-Trasse“ in Schleswig-Holstein. Hier bietet der Übertragungsnetzbetreiber TenneT den Bürgern eine Beteiligung an.

Bei der Planung des Netzausbaus geht es neben der Frage „wo wird ausgebaut“ auch darum „wie wird ausgebaut“. Smart Meter, Smart Grids, Kabel oder HGÜ sind bereits in aller Munde. Viele der geplanten oder schon bestehenden Vorhaben sind jedoch Pilotprojekte. Wir sollten neue Technologien schrittweise implementieren. Positive und negative Effekte müssen über einen längeren Zeitraum untersucht werden. Ein Systemwechsel oder ein grundlegender Eingriff würde nur die Versorgungssicherheit gefährden. Mit einem Schnellschuss ist niemandem geholfen. Unter dem Titel „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ hat das BMWi deshalb eine Studie vergeben. Diese wird die Chancen, Risiken und Kosten neuer technischer Möglichkeiten untersuchen. Möglicherweise weniger als in der dena-Studie!

Es ist richtig, dass technologischer Fortschritt neue Wege öffnet. Er stellt aber „keine“ Alternative, sondern eine Ergänzung zum Netzausbau dar. Auch die Möglichkeiten und Grenzen von Smart-Grids müssen realistisch beurteilt werden. Smart-Grids müssen zu besseren und kostengünstigeren Lösungen führen und es stellt sich die Frage, wo das regulierte Netz endet und wo Wettbewerb und Markt beginnen. Verkehrte Welt: Die Verteilnetzbetreiber drängen darauf, möglichst viel unter das Dach der Regulierung zu bekommen. Der Regulierer tritt dagegen dafür ein, möglichst viel dem Markt zu überlassen!

Der Netzausbau beschränkt sich natürlich keineswegs nur auf Landverbindungen. Weit vor der deutschen Küste werden die Offshore-Windparks einen großen Teil zum Gelingen der Energiewende beitragen. Bis zum Jahr 2020 sollen Anlagen mit einer Leistung von 10.000 MW installiert werden. Weitere 15.000 MW sollen in den darauf folgenden 10 Jahren zugebaut werden. Dem ambitionierten Ziel haften große unternehmerische Risiken an. Verlässliche wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen sind deshalb zwingend erforderlich. Mit der Neugestaltung der Offshore-Regelung hat der Gesetzgeber hierfür den Grundstein gelegt. Planungssicherheit schafft der Offshore-Netzentwicklungsplan. Dieser wird künftig den geplanten Bau von Offshore-Netzanbindungen in einen vernünftigen Ablauf bringen. Er wird im März 2013 erstmalig vorgelegt. Auch diesen Plan wird die Bundesnetzagentur prüfen.

Neben der planerischen Komponente bietet die neue Haftungsregelung rechtliche und ökonomische Sicherheit. Bei Störungen oder Verzögerungen der Netzanbindung begleicht die Offshore-Umlage, als ein Element der Haftungsregelung, zu großen Teilen den entstandenen Schaden des Windparkbetreibers. Netzbetreiber haften nur im Falle des Vorsatzes; bei grober oder leichter Fahrlässigkeit haften sie bis zu einer gesetzlichen Obergrenze. Der überschießende Teil fällt dann in die Offshore-Umlage. Die neuen Regelungen und der Offshore-NEP werden den neuen Windparks auf See Auftrieb geben. Die gemeinsamen Projekte von TenneT mit Mitsubishi zeigen dies bereits. Auch wenn bereits einige Windparks weit vor der Küste stehen, sind noch längst nicht alle technischen Schwierigkeiten beseitigt. Die Industrie hat die Herausforderungen im Offshore-Bereich erheblich unterschätzt und ist jetzt gefordert, die Hindernisse beim Errichten von Offshore-Netzanbindungen zeitnah zu überwinden. Die erforderlichen technischen Entwicklungen kommen natürlich nicht von heute auf morgen. Ich glaube aber, dass die neuen Rahmenbedingungen den technologischen Fortschritt beschleunigen werden. Neben dem Engagement von Mitsubishi an TenneT-Projekten erwarten wir deshalb für 2013 weitere Investitionsentscheidungen.

Mit den diskutierten und bereits getroffenen Veränderungen sind wir auf einem guten Weg. Wir dürfen die Wechselwirkungen unserer Entscheidungen aber nicht aus den Augen lassen. Die installierte Leistung erneuerbarer Energien wirkt sich schon heute spürbar auf den Strompreis aus. In Zeiten von viel Wind und Sonne ist der Strompreis großem Druck ausgesetzt. Ein zu niedriger Börsenstrompreis hemmt die Investitionsentscheidungen in konventionelle Kraftwerke; insbesondere in flexible Gaskraftwerke. 2010 gab es in Deutschland etwa 160 GW Stromerzeugungskapazitäten. Und das zwischen allen Beteiligten abgestimmte Szenario, das dem Netzentwicklungsplan für 2022 zugrunde liegt, geht von einer installierten Erzeugungskapazität von knapp 220 GW aus. Noch wichtiger: 2010 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der installierten Gesamtleistung 35 Prozent. 2022 werden es knapp 60 Prozent sein. Das bedeutet mehr volatile Erzeugung und noch mehr Druck auf die Börsenpreise – übrigens nicht nur in Deutschland.

Der tendenziell sinkende Strompreis wirkt dabei gleichermaßen als Investitionsbremse für erneuerbare wie für konventionelle Erzeugungsanlagen. Die sinkende Rentabilität konventioneller Kraftwerke zwingt die Energieerzeuger, über Kraftwerksstilllegungen nachzudenken. Fast wöchentlich gibt es Ankündigungen von Kraftwerksstilllegungen. Ist diese Entwicklung, auf der einen Seite mehr Erzeugungsleistung, mehr Erneuerbare und auf der anderen Seite weniger konventionelle Kraftwerke, problematisch? Die Antwort ist: Ja! Jedenfalls so lange es keine Speicher in großem Maßstab gibt. Als Industrienation sind wir auf ein hohes Maß an Versorgungssicherheit angewiesen. Wer die Versorgungssicherheit aufs Spiel setzt, gefährdet die Energiewende. Installierte Leistung Erneuerbarer allein kann diese aber nicht gewährleisten. Es gilt die Jahreshöchstlast zu decken und das unabhängig davon, ob gerade der Wind bläst oder die Sonne scheint. Natürlich, die volatile Einspeisung erneuerbarer Energien wird einen Beitrag leisten können. Das aber auch nur unter der Voraussetzung, dass die Verteil- und Übertragungsnetze ausgebaut werden. Darüber hinaus werden wir weiterhin auf konventionelle Kraftwerke angewiesen sein.

Vor diesem Hintergrund – einem strukturellen Wandel der Stromerzeugung – stellt sich die nächste Frage: Genügt das gegenwärtige Modell des Energy-Only-Marktes, in dem sich die Preise auf der Basis von Grenzkosten ergeben, den aktuellen und zukünftigen Anforderungen?! Die Antwort ist: Nein! Wir brauchen ein neues Marktdesign auf mittlere Sicht. Eines, das nachhaltige, belastbare Signale für die erforderlichen Investitionen sendet und dabei die effizientesten Projekte bevorzugt. Die Versorgungssicherheit und damit die „gesicherte Leistung“ müssen erhalten bleiben. Eine Lösung kann beispielsweise die Einführung einer Vergütung für die reine Leistungsbereitstellung im Rahmen eines Kapazitätsmechanismus sein. Leistung muss Marktpreis bekommen! Natürlich keinen zweiten Subventionstopf neben die EE-Förderung! Wenn wir über ein neues Marktdesign reden, müssen darin aber auch Speicher sowie Einspeise- und Lastmanagement-Maßnahmen ihren Platz finden. Und es muss von Anfang an europäisch gedacht werden. Nationale Konzepte haben in einem europäischen Strommarkt keine Zukunft. Aktuell werden viele Vorschläge diskutiert. Ein Königsweg ist allerdings für mich bisher nicht zu erkennen.

Meine Damen und Herren, Planung und der Ausbau von Netzen sind kein deutsches, sondern ein europäisches Thema. Ein koordinierter Ausbau fördert die nationale Netzsicherheit und kommt zusätzlich dem Handel zugute. Doch welche Herausforderungen gibt es? Durch die zeitweise enormen Mengen erneuerbarer Energien entstehen für die Netze und Grenzkuppelstellen physikalische Herausforderungen. Eine Stromschwemme, vornehmlich Windstrom in Norddeutschland, bringt bei geringer Nachfrage das norddeutsche Netz an seine Grenzen. Die Elektrizität sucht sich, den Gesetzen der Physik folgend, einen Weg zu den Lastsenken. Bisher hat es die Politik jedenfalls nicht vermocht, das Ohm'sche Gesetz zu verändern. Diese Lastsenken befinden sich in Süddeutschland, Österreich und Italien. Aufgrund fehlender, nationaler Nord/Süd Netzkapazitäten fließt ein erheblicher Teil über das polnische und tschechische Netz nach Süden. Obgleich der Strom diese Netze belastet, ist er für keines der Länder nutzbar. Das Ausmaß und die Folgen dieser sogenannten Ringflüsse müssen vor dem Hintergrund der Netzstabilität minimiert werden. Für die Systemsicherheit sind die Übertragungsnetzbetreiber verantwortlich. Der deutsche Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz und der polnische Übertragungsnetzbetreiber PSE-O haben deshalb das Projekt „virtueller Phasenschieber“ gestartet. Gegenwärtig befindet sich dieses in der Pilotphase. Ziel ist eine Änderung des Lastflusses, um den physikalischen Stromfluss zu steuern. Eine Änderung des Lastflusses wird dabei durch veränderte Kraftwerksfahrweisen, sogenannte Redispatch-Maßnahmen, erreicht. Die Entscheidung für eine Redispatch-Maßnahme wird dabei von beiden Übertragungsnetzbetreibern gemeinsam getroffen, um sicherzustellen, dass sie allein der Netzstabilität dient und nicht eingesetzt wird, um Handelsflüsse zu beeinflussen. Der virtuelle Phasenschieber ist nur eine Übergangslösung. Die Bundesnetzagentur wird die Effizienz dieser Maßnahmen prüfen, um die Markteingriffe und darüber die Kosten möglichst gering zu halten. Die Bundesnetzagentur begrüßt und unterstützt ausdrücklich das Bestreben, die Sicherheit der von Ringflüssen betroffenen Netze zu steigern. Eine ähnliche Zusammenarbeit von 50Hertz mit dem tschechischen Übertragungsnetzbetreiber CEPS ist aus unserer Sicht sehr erstrebenswert.



Mittelfristig wird der „virtuelle“ Phasenschieber durch mehrere „physische“ Phasenschieber ersetzt. Diese werden an den deutsch/polnischen Grenzkuppelstellen installiert. Langfristig kann nur der Netzausbau die Überlastung der Netze vermeiden. Wir müssen uns der Verantwortung stellen und den Netzausbau in unserem und im Interesse unserer Nachbarn vorantreiben. Gleiches gilt natürlich für unsere Nachbarn. Dieses Beispiel zeigt, dass dem europäischen Verbundnetz künftig eine größere Bedeutung zukommt! Unsere Netzentwicklungspläne für Strom und Gas beinhalten schon heute Projekte, die darauf abzielen, die deutschen Netze noch besser ins europäische Verbundnetz einzufügen. Die Inbetriebnahme des Seekabels Nord.Link zwischen Norwegen und Deutschland ist für 2018 geplant. Das NorGer Kabel könnte 2020 in Betrieb gehen. Auf europäischer Ebene verfolgen die Netzbetreiberverbände ENTSO-E und ENTSG mit den beiden Ten Year Network Development Plans das Ziel, die Netzausbauten zu koordinieren, um das europäische Verbundnetz zu stärken. Aus Sicht der Bundesnetzagentur stellen die Pläne eine solide Grundlage dar.

Meine Damen und Herren, die Infrastruktur ist der Schlüssel für den Erfolg der Energiewende. Und sie ist der Schlüssel dafür, dass die deutsche Energiewende nicht zum Störenfried im europäischen Strombinnenmarkt wird. Für das deutsche Energienetz von morgen bedeutet dies, dass es nicht nur „größer“, stärker und intelligenter steuerbar sein muss, sondern auch besser mit seinen Nachbarnetzen verknüpft werden muss. Erst dann werden die deutschen Netze den Anforderungen der künftigen Stromerzeugung, der Integration von Speichern und Lastmanagement-Maßnahmen gerecht werden.

Vielen Dank!